Posener Zeitung.

№ 260. Dienstag den 7. November. 1848.

Inland.

Berlin, den 5. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Sanitäts-Rath Dr. von **Zimmermann** in Neapel den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath zu verleihen.

---

§§ **Posen**, den 6. November.

Es ist nun eine Reihe von Tagen seit jenem 23. Oktober und den Posener Beschlüssen hingegangen, und daß wir trotz der wahren Fluth von Ereignissen in der Zwischenzeit immer und immer noch auf jene so vielfach besprochene Angelegenheit zurückkommen, wird namentlich allen denen unerklärlich bleiben, welche die Sache für aufgeklärt genug halten und eines erneuten Besprechens nicht bedürftig. So fassen wir freilich die übergroße Wichtigkeit dieser Angelegenheit nicht auf; im Gegentheil liegt es im Wesen dieses Organs, das sich die Vertretung der deutschposenschen Interessen zur vollen Verpflichtung gemacht hat, fort und fort auf jene Beschlüsse hinzuweisen, so oft sich hierzu eine erneute Gelegenheit bietet, immer mehr den Widerspruch derselben mit dem was in Frankfurt festgesetzt worden ist, zu entwickeln, ihre Unrechtmäßigkeit aufs Neue vorzuführen, und wir werden hierin nicht ermüden, selbst wenn unsere Leser es sollten. Im Gegentheil würde uns dann ein geschärftes Pflichtgefühl um so eher auf die Nothwendigkeit erneuter Besprechung hinweisen. Denn was war es mehr, als die Sorglosigkeit der Deutschen, wodurch jene Beschlüsse möglich wurden, der Glaube, der uns in Ruhe eingewiegt hatte, daß es eines Kämpfens nicht bedürfe und das Resultat des 27. Juli überall unbestritten sei? Jetzt aber, wo es wieder gilt, gekränkte Rechte mit der ganzen Macht männlicher Beharrlichkeit und Ausdauer zu wahren, jetzt, wo nur vereintes Handeln und gegenseitige Kräftigung den Sieg, den man uns entwinden wollte, sichern kann, jetzt, wo die Nothwendigkeit des innigsten Zusammenschlusses uns zum vollen Bewußtsein geworden ist, jetzt gilt es vor Allem, dieses Bewußtsein wach und rege zu halten, es gilt, über allen noch so großartigen Erscheinungen der Gegenwart unsere eigene Angelegenheit nicht außer Augen zu lassen. Keine Schlaffheit, keine Sorglosigkeit! Hier, wie überall, sind es große geschichtliche Ereignisse, die sich bilden, und sie sind darum nicht unbedeutender, weil wir sie in der unmittelbaren Nähe ihres Werdens vielleicht für unbedeutend hielten. Immer ist es nur der Werth der Personen selbst, der für den Werth ihrer Sache spricht; der Werth der Personen aber entscheidet sich nach dem Muth, dem sittlichen Ernst und der Ausdauer, mit dem sie ihr Ziel erstrebt haben. Der Geiffel der Geschichte hat eben so ruhmvoll jene Beharrlichkeit der Niederländer verzeichnet, mit der sie dem Meere Land abgewonnen haben, wie die viel glänzenderen Römerzüge und die großen Kämpfe der Völker, und wenn Deutschlands Historiker in späteren Tagen von den Thaten unserer Nation sprechen, werden sie gewiß ebenso eingedenk sein jener, welche die stillen, friedlichen Eroberungen deutschen Geistes im Osten mit der ganzen Beharrlichkeit deutscher Kraft gegen alle Anfeindung zu sichern gewußt haben, als alle anderen Männer, denen die Aufgabe geworden, Deutschlands Einheit und Größe vorzubereiten, da man das Jahr 1848 der Freiheit schrieb.

Was wir vorausgesagt haben, ist eingetreten: es sind nicht volle acht Tage vergangen und von Frankfurt ist die Nachricht von der Anfrage des Reichsministeriums über die Lage der Demarkations-Angelegenheit eingelaufen; vor wenigen Tagen ist von dem Reichsminister ein wiederholtes, dringendes Schreiben um schleunige Beendigung der betreffenden Arbeiten ans berliner Ministerium gelangt: man müsse um so eher in Frankfurt auf schneller Beendigung der Sache bestehen, weil die berliner Versammlung inzwischen einen Beschluß gefaßt habe, den man frankfurter Seits nur ignoriren könne.

So ist es klar und deutlich ausgesprochen, was unseres Erachtens von selbst verständlich war, daß man in Frankfurt auch nicht einen Augenblick gesonnen ist, von den Rechten der hiesigen Deutschen an Deutschland irgend etwas zu vergeben, und wieder einmal drängt sich den Deutschposenern hiermit die erneute Verpflichtung auf, an diesen Rechten mit derjenigen Entschiedenheit festzuhalten, die einzig und allein zum sichern Ziele des Ringens und Mühens führt. Der Partikularismus muß nachgeben, wenn die deutsche Einheit und Freiheit eine Wahrheit werden soll, und so wird auch der Partikularismus einer preußischen Reichsversammlung ein unhaltbarer bleiben, möge er ein Sondergelüste der Vergangenheit sein oder, wie der 23. Okt. bewiesen hat, alle Kennzeichen einer neuen partikularistischen Species an sich tragen, die darum nicht minder verwerflich ist, weil sie die alten Sünden auf die neueste Weise wiederholt.

Denn was war es wirklich, daß bei dieser Abstimmung eine Versammlung, der ein früheres Ministerium ein Greuel war, weil es die Märzrevolution nicht unumwunden anerkannt hatte, daß diese Versammlung sich urplötzlich mit ihrer revolutionären Majorität auf den Boden der Kabinetspolitik von 1815 stellte, den „durchlöchertsten" Rechtsboden, den es in der Welt giebt? Wo liegt der wahre Schlüssel zu einem solchen Verhalten? Unklare Sympathien für das polnische Volk sind hier nicht die alleinigen Faktoren, ebensowenig die mehr ausgeprägte Rücksichtslosigkeit der deutschen Bewohner der Provinz auf Grund von März- und April-Tradition der Zeitungshalle und Reform über „die mit der Soldateska und Bureaukratie verbundene deutsch sich nennende Reaktion". — Traditionen, welche sogar die Nationalzeitung in ihren Nummern vom 25. und 26. v. M. und in zwei Leitartikeln, die einen würdigen Beitrag zur Phraseologie des neunzehnten Jahrhunderts liefern, wieder auffrischt, — solche Motive allein waren es nicht, welche jenen Beschluß hervorriefen, sondern es war die mehr versteckte, aber tief angelegte Opposition gegen das Frankfurter Parlament, es war die in die Berliner Linke übergegangene Ansicht von der durch die Einzelstaaten wieder herzustellenden, „in Frankfurt verrathenen Freiheit", jener unselige Rugesche Grundsatz von dem Sturz des deutschen Parlaments durch den neu aufgelegten Einzelstaaten-Partikularismus, eine Idee, die endlich der Berliner demokratische Congreß zu verkörpern strebte, indem er die Bildung von „deutschen Provinzial-Republiken" empfahl und die spätere Einberufung eines neuen Vorparlaments.

Dieser Faktor spielt, wie gesagt, schon in der Posener Sache eine bedeutende Rolle. Denn daß es den **Waldeck**, den **Temme**, den **Berg**, den **Jung**, daß es selbst einem **Kiolbassa** nicht Ernst sein konnte um die verbleichten Verträge von 1815, Verträge, deren Giltigkeit selbst die Diplomatie, die sie geschlossen, nicht mehr anerkannte, Verträge, welche Frankreich in einer offenen Erklärung am Tage nach seiner Republikanisirung für vernichtet erklärte, und deren volle Haltlosigkeit und Unbestimmtheit in der bezüglichen Angelegenheit mehrere Redner bei der Debatte so trefflich bewiesen hatten, bedarf keines Beweises. Wohl aber bekundet der Waldeck-Essersche Antrag vom 24. Oktbr., wohl der Waldeck-D'Ester-Reichenbachsche Antrag in der Wiener Angelegenheit am 31. Oktober, wie weit diese Partei in der Auffassung der durch das Frankfurter Parlament repräsentirten Einheit der Nation gekommen ist.

Wohl war es möglich, **Waldeck** am 24. Oktober so glänzend mit seiner eigenen früheren Rede zu schlagen, in der er jede nicht unbedingte Unterwerfung der Einzelstaaten unter die Frankfurter Beschlüsse für hochverrätherische Bestrebungen erklärte. „Die allgemeinen Ansichten vom Frankfurter Parlament haben sich inzwischen geändert", war das kurze Resumé seiner Beweisführung gegen seine Ankläger.

Nun, wir gestehen, so wankend sind unsere Ansichten von dem Werth der deutschen März-Revolution nicht, die **Nation hat mit einem beispiellosen Kraftaufwand den Partikularismus gebrochen, vermöge der in ihr schon lange zum Bewußtsein gekommenen Erkenntniß den großartigsten Schritt zu ihrer Einigung in der Constituirung des Frankfurter Parlaments gethan.** Wir nennen mit Herrn **Waldeck** jedes Unternehmen gegen die Souverainetät der Nation im Frankfurter Parlament **Hochverrath**, wir nennen es aber eben so heute noch wie früher, und **verfälschen** nicht jenen heiligsten Gedanken, der in der Märzrevolution zum Ausdruck gekommen war und den das deutsche Volk mit seinem Herzblut nährte, indem wir heute einen neuen Partikularismus lehren, indem wir im Namen der Freiheit diejenige Spaltung erneuern wollen, die zu vollenden der Reaktion nicht vollständig gelungen war; und nennen uns darum gewisse Organe Reaktionaire, nun gut, wenn der Kampf der Wahrheit gegen die Unwahrheit, der deutschen Einheit gegen den Partikularismus für **Reaktion** gilt, **wir kämpfen ihn.**

CC **Berlin**, den 3. November. Daß das Benehmen des Abgeordn. Jacobi bei dem gestrigen Empfange im Sinne des Parteizwecks ausgebeutet werden würde, darf nicht Wunder nehmen. Uns scheint es besonders darauf anzukommen, welch einen Eindruck das Betragen Jacobis im Momente der That auf die Deputation gemacht hat. Dr. Jacobi stand nämlich auf dem linken Flügel der Deputation. Nachdem der König die Adresse aus den Händen des Präsidenten empfangen hatte, und **ohne** von diesem angeredet zu sein, den Saal verlassen wollte, trat Jacobi einige Schritte vor und sprach die Worte: Majestät! Wir sind nicht blos hierher gesendet worden um eine Adresse zu übergeben. Wir wollen Ew. Maj. über die Lage des Landes Bericht erstatten. Wollen Ew. Maj. uns nicht Gehör geben? — Nein! sagte der König, darauf eilte Jacobi dem sich entfernenden Könige noch einige Schritte weiter nach und rief im brüsken Tone: Das eben ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen! Der Adjutant begleitete den König ins Nebenzimmer. Während dessen traten fast alle Abgeordnete an Jacobi hinan und drückten ihm ihr Befremden über sein Benehmen aus. Auch Kirchmann that dies und Waldeck schüttelte den Kopf. Der Adjutant kehrte in den Saal zurück. Da trat Rodbertus heran und sagte: wird uns der König nicht vielleicht noch eine Antwort geben? der Adjutant antwortete: Nach den von dem ꝛc. Jacobi so eben gesprochenen Worten glaubt Se. Majestät dies um so weniger thun zu dürfen. Rodbertus: Ich bitte dem Könige zu sagen, daß Jacobi nur im eignen und nicht im Namen der Deputation gesprochen hat, und dies wohl zu unterscheiden ist. v. Berg fügte hinzu: Auch in meinem Namen bitte ich dies zu sagen. v. Unruh: Auch in Meinem. Die andern Deputirten hervortretend: Auch in unserm, in unser aller Namen! **d'Ester** sagte: Nicht in aller Namen! Wir machen sonach besonders darauf aufmerksam, daß der Eindruck, den das Benehmen Jacobis gestern auf die Mitglieder der Deputation machte, ein entschieden peinlicher und widerwärtiger war, und daß Jacobi selbst anerkennen mußte, der König habe sich vollkommen in seinem Rechte bewegt. Ueber Nacht scheint Jacobi seine Ansicht geändert zu haben. Die Aeußerung des Präsidenten v. Unruh in der heutigen Sitzung: Der König habe sich, während er selbst den Blick noch auf das Papier gerichtet hatte, entfernt, und ihm, dem Präsidenten, gewissermaßen nicht Zeit zur weitern Anrede gelassen, müssen wir durch folgende Thatsache berichtigen. Der König nahm die Adresse aus der Hand des ꝛc. v. Unruh und warf einen flüchtigen Blick nach der Unterschrift, die beiläufig gesagt nicht darunter befindlich war, weil der Präsident nur eine Copie vorzutragen hatte (das Original war dem Ministerio in Berlin übergeben worden) und entfernte sich dann, die Adresse in der Hand. v. **Unruh** konnte daher selbstredend nicht den Blick auf den Inhalt der Adresse gerichtet haben, als der König sich entfernte, und da v. **Unruh** sonach selbst den richtigen Moment vorübergehen ließ, ohne das Wort zu ergreifen, so mußte sich der König wohl entfernen, und nur **Jakobi** hielt sich noch berufen, den Präsidenten in der oben angeführten Art zu rectificiren. Nachdem die Deputation sich nun in den Gasthof zum Einsiedler begeben hatte, drangen besonders die Herren **Jakobi** und **Waldeck** auf schleunige Rückkehr nach Berlin, und letzterer äußerte

mehremale: Wir werden dort jetzt wohl nöthiger sein als hier. Die Majorität der Deputation war aber um so mehr dagegen, als einmal das Ministerium durch den Telegraphen vom Präsidenten aufgefordert war, nach Potsdam zu kommen, dann aber auch, weil drei Mitglieder der Deputation (H. Gierke, Kühlwetter und Mätzke) privatim nach Entlassung der Dep. zum Könige berufen worden waren und den Bericht derselben abzuwarten äußerst wünschenswerth erscheinen mußte. Die genannten kamen denn auch um ½12 Uhr Nachts an und berichteten folgendes: Der König habe sie als Privatmänner freundlichst empfangen und mit gänzlicher Uebergehung des Jakobischen Benehmens sich ungefähr also geäußert: Sagen Sie Ihren Freunden, daß ich mich heute strenge auf dem konstitutionellen Boden bewegt zu haben glaube; Ja, ohne mich zu überheben darf ich wohl sagen, ich bin der Meinung, ich war heute konstitutioneller als die N. V. selbst. Ich glaube, ich durfte als konstitutioneller König der Deputation nicht einmal sagen, daß und ob ich eine Antwort geben werde. Auch Ihnen sage ich ich dies nur als Privatmann und freue mich diese beiden Herren (auf Gierke und Mätzke zeigend) gewissermaßen zu Zeugen darüber aufrufen zu können, daß ich Ihnen (zu Kühlwetter gew.) dies nur in diesem Sinne mittheile. Ich werde nach Anhörung meiner Minister, die ich soeben auf Morgen 8 Uhr zu mir gerufen habe, der National-Versammlung Antwort geben. Und natürlich wird die Adresse dabei nicht unberücksichtigt bleiben. — Nach Anhörung dieser Mittheilung begab sich alsdann die Deputation mit einem Extrazuge nach Berlin zurück, woselbst sie um 1 Uhr Nachts ankam und von Neugierigen auf dem Bahnhof empfangen wurde.

— Gestern Nachmittag hielt der Abgeordnete Schramm vor dem Schauspielhause eine Anrede an das Volk, in der er die freventliche Lüge auftischte, das Militär rücke mit beweglichen Barrikaden von Potsdam heran.

— Ob Gr. Brandenburg den Muth behält seine Mission auszuführen, ist aus dem Grunde zu bezweifeln, da ihm Präsident von Unruh in diesem Augenblicke erklärt hat, daß nach dem Beschlusse der Vers. Gr. Brandenburg eine ungeheure Verantwortung übernehme, wenn er den Königl. Auftrag dennoch ausführe. Doch nennt man schon als Mitglieder unter der Präsidentschaft Brandenburgs die Namen Ladenberg und Graf Bülow, Letztern für das Ministerium des Auswärtigen. Gegen Waldeck soll eine Untersuchung im Anzuge sein, wegen Theilnahme an der Emeute am 16. Oktober.

Berlin, den 5. Nov. Die Post aus Wien ist endlich wieder in den regelmäßigen Gang getreten, indeß sind mit derselben nur wenige Briefe vom 2. November und Zeitungen nur bis zum 28. Oktbr. angelangt. Der Zustand Wiens wird jammervoll geschildert. Der Fürst Windischgrätz hat befohlen, daß die Studenten-Legion für immer und die Nationalgarde aufgelöst wird, um neu organisirt zu werden. Alle Zeitungen sind suspendirt, eben so alle Clubs und Vereine. Mehr als zehn Menschen dürfen nicht zusammenstehen und alle Waffen sind ausgeliefert worden. Die Thüren des Reichstags sind auf Befehl des Fürsten Schwarzenberg geschlossen ,die Tribünen von Soldaten besetzt worden und so hat sich denn der Reichstag in geheimer Sitzung auf 14 Tage suspendirt. Unter Wessenbergs Vorsitz soll ein neues Ministerium ernannt worden sein. Ein Menge Personen sind verhaftet worden, darunter vier junge Männer, welche auf den Fürsten Windischgrätz schossen, ohne ihn zu treffen. Die Thore sind gesperrt, die Verbindung zwischen Stadt und Vorstädten ist noch nicht hergestellt. Die Ungarn sind abermals zurückgegangen und verschanzen sich nun in Preßburg.

Fürst Windischgrätz hat eine Proklamation erlassen, worin es heißt: „Indem ich die unter meinem Befehl stehenden K. K. Truppen in die Hauptstadt Wien einrücken lasse, finde ich mich im Nachhange meiner Proklamation vom 23. Oktober d. J. bestimmt, jene Maßregeln allgemein bekannt zu machen, deren Ausführung ich zur Wiederherstellung des auf das Tiefste erschütterten öffentlichen Rechtszustandes für unerläßlich halte. 1) Die Stadt Wien, ihre Vorstädte und Umgebungen in einem Umkreise von 2 Meilen werden in Belagerungsstand erklärt, das ist: alle Lokalbehörden für die Dauer dieses Zustandes sind nach der im §. 9. enthaltenen Bestimmung der Militairbehörde unterstellt. 2) Die akademische Legion und Nationalgarde, letztere jedoch mit Vorbehalt ihrer Reorganisirung, sind aufgelöst. 3) Die allgemeine Entwaffnung, falls sie noch nicht vollständig durchgeführt worden wäre, ist durch den Gemeinderath binnen 48 Stunden, von der Kundmachung gegenwärtiger Proklamation an gerechnet, zu beendigen. Von dieser Entwaffnung sind blos die Sicherheitswache, die Militair-Polizeiwache, die Finanzwache, welche in ihrer bisherigen Wirksamkeit verbleiben, dann jene Beamten, die nach ihrer persönlichen Eigenschaft zur Tragung von Seitengewehren zur Uniform berechtigt sind, ausgenommen. Waffen, welche Privateigenthum sind, werden mit dem Namen der Eigenthümer bezeichnet, abgesondert aufbewahrt werden. 4) Alle politischen Vereine werden geschlossen, alle Versammlungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen von mehr als 10 Personen sind untersagt, alle Wirths- und Kaffeehäuser sind in der innern Stadt um 11 Uhr, in den Vorstädten und Umgebungen aber um 10 Uhr Abends zu schließen. Die dawider Handelnden werden verhaftet und vor ein Militairgericht gestellt. 5) Die Presse bleibt vorläufig nach der Bestimmung des Punktes 4. der Proklamation vom 23. Oktober d. J. beschränkt und der Druck, Verkauf und die Affigirung von Plakaten, bildlichen Darstellungen und Flugschriften nur insofern gestattet, als hierzu die vorherige Bewilligung der Militairbehörde eingeholt und ertheilt worden sein wird. 7) Wer überwiesen wird: a) unter den K. K. Truppen einen Versuch unternommen zu haben, dieselben zum Treubruch zu verleiten, b) wer durch Wort oder That zum Aufruhr aufreizt, oder einer solchen Aufforderung werkthätige Folge leistet, c) wer bei einer etwaigen Zusammenrottung auf die erste Aufforderung der öffentlichen Behörde sich nicht zurückzieht, und d) wer bei einer aufrührerischen Zusammenrottung mit Waffen in der Hand ergriffen wird — unterliegt der standrechtlichen Behandlung. 8) Alle Barrikaden in der Stadt und den Vorstädten sind durch den Gemeinderath alsogleich spurlos wegzuräumen, und das Pflaster herzustellen. 10) Um den Zweck des Belagerungszustandes zu erreichen, der kein anderer sein kann, als den Uebergang von der Anarchie zu dem geregelten konstitutionellen Rechtszustande vorzubereiten, wird eine gemischte Central-Commission unter dem Vorsitze des Herrn General-Majors Baron Cordon, welchen ich gleichzeitig zum Stadt-Commandanten ernenne, die oberste Leitung der durch den Belagerungszustand bedingten Geschäfte führen, und sowohl die Nieder-Oesterreichische Landesregierung als auch die Stadthauptmannschaft an ihre Anordnungen gewiesen. Hauptquartier Hetzendorf, am 1. November 1848."

Düsseldorf, den 27. Oktober. Gestern und vorgestern waren Jubeltage für unsere Demokraten. Der Abg. Wesendonck, der von Frankfurt zum Besuch hier eintraf, wurde festlich in Empfang genommen; vorgestern veranstalteten seine Anhänger ein Festmahl. Gestern Abend war man nicht ohne einige Besorgniß vor Excessen, da der ihm zu Ehren veranstalkete Fackelzug hierzu leicht Veranlassung geben konnte. Wirklich schien diese Furcht auch nicht unbegründet zu sein, denn als die für den Beginn des Zuges anberaumte Zeit kam, fanden sich fast nur Leute aus den niedern Ständen ein und namentlich war die ganze Retinger Mauer, der Ausbund des Düsseldorfer Pöbels um eine rothe Fahne versammelt. Dies mochte denn auch viele ehrbare und ehrliche Demokraten abgehalten haben, sich bei dem Zuge zu betheiligen, denn als derselbe sich endlich eine Musikbande und eine Deutsche Fahne an der Spitze in Bewegung setzte, war derselbe kaum mehr als 100 Fackeln stark. Nur wenige Mitglieder des Vorstandes des Vereins für demokratische Monarchie hatten sich persönlich diesem von ihnen veranstalteten Zuge angeschlossen, und als man endlich vor dem Hause des Gefeierten ankam, postirte sich die rothe Fahne mit ihrer Phalanx vor die Thüre und ein riesiger Mensch mit rother Mütze schrie: es lebe die Republik, die rothe Republik Deutschlands! in welchen Ruf alsbald die umgebende Menge einstimmte. Vergebens protestirte Geisenheimer, einer der Vorsitzenden des Vereins, gegen ein solches Verfahren und verlangte, daß die Fahne abziehen sollte, vergebens zog Wesendonck sich vom Fenster zurück, die Bande hielt Posto. In einer kurzen Ansprache bezeichnete Geisenheimer Zweck und Bedeutung der Feier und ein Hoch auf Wesendonck folgte. Dieser, wie es schien, von dem Aussehen und dem Auftreten der Mehrzahl der ihn Feiernden wenig erbaut, sprach in wenigen Worten über Umfang und Ziel seines bisherigen Wirkens in Frankfurt, worauf sich der wilde Haufe mit abermaligem Hochrufen auf die rothe Republik zerstreute.

Frankfurt a. M., den 30. Okt. (O.-P.-A.-Z.) 105te Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. (Berathung über §. 4. u. f. (Schluß.) Wiesner und Berger stellen den Antrag auf Zurückberufung der Reichskommissarien und auf Vertretung der Deutschen durch energischere Männer. Der Vorsitzende wird im Verlesen dieses Antrags mehrfach unterbrochen, so zwar, daß er sich veranlaßt findet, zu dem Rufe: „Die Ordnung wird gehandhabt werden, oder ich werde die Sitzung aufheben." Es wird der Tagesordnung gemäß zur Berathung über §. 4. der Verfassung geschritten*). Rösler aus Oels entwickelt folgenden Antrag; „Das Staats-Oberhaupt eines Deutschen Landes, welches mit einem nicht Deutschen Lande durch Personal-Union verbunden ist, darf weder Nichtdeutsche Truppen in seine Deutschen Länder, noch Deutsche Truppen in seine Nichtdeutschen Länder verlegen, außer auf Veranlassung von Reichskriegen mit Genehmigung der Reichsgewalt. v. Linde kann die Ansichten des Ausschusses nicht theilen, bevor nicht in den Grundrechten hervorgehoben ist, ob Deutschland künftighin zu einem Staatenbunde, zu einem Bundesstaat oder zu einem Reiche sich gestalte. Der Kaiser von Oesterreich habe keine Vorschrift von der Nationalversammlung darüber anzuerkennen, ob die Oesterreichisch-Deutschen Provinzen in eine Personal-Union treten sollen oder nicht. Der Redner sucht diese Meinung aus dem seitherigen Gange der Revolution zu entwickeln. Vogt erklärt sich für das Minoritätsvotum und für den Röslerschen Antrag, wobei er besonders die Bestimmungen über die Truppenverlegungen hervorhebt, nach deren Annahme es nicht mehr vorkommen könne, daß im Limburgischen die gestörte Ruhe durch außerdeutsche Truppen wieder hergestellt werde. Dem Vorredner gegenüber bemerkt Vogt, daß er jede Revolution, welche gelungen sei, auch für berechtigt erachtet. Auch sei die Versammlung nicht hier, um einen Deutschen Kaiser, wohl aber um ein deutsches Reich zu schaffen. Schüler aus Jena vertheidigt das Minoritätsgutachten und von Soiron den Antrag des Ausschusses, worin nur dasjenige aufgenommen sei, was zu einer Reichsverfassung gehöre; nicht hierher gehörige Bestimmungen enthalte aber der Röslersche Antrag. Der Schluß der Debatte wird ausgesprochen. Riesser als Berichterstatter verbreitet sich kurz über die Motive, welche dem Ausschusse bei Abfassung dieses §. zu Grunde gelegen. Rösler aus Oels verlangt namentliche Abstimmung durch Stimmzettel über das Minoritätsvotum und über den von ihm gestellten Antrag. Der Präsident schreitet zur Abstimmung, deren Ergebniß, Annahme des Ausschußantrags mit einer von Rappard beantragten Aenderung ist. Das Minoritätserachten wird mit 187 gegen 180 Stimmen verworfen, eben so der Röslersche Antrag mit 224 gegen 138 Stimmen. Die Versammlung geht auf die Diskussion über §. 5 nicht ein. Derselbe wird in der von dem Ausschusse beantragten Fassung einstimmig zum Be-

*) Der Wortlaut dieses Paragraphen ist folgender: „Das Staatsoberhaupt eines Deutschen Landes, welches mit einem Nichtdeutschen Lande in dem Verhältniß der Personalunion steht, muß entweder in seinem Deutschen Lande residiren oder in demselben eine Regentschaft niedersetzen, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen." Minoritätsvotum, Zusatz: „Das Staatsoberhaupt eines Deutschen Landes, welches mit einem Nichtdeutschen Lande durch Personalunion verbunden ist, darf Nichtdeutsche Truppen in seine Länder nicht verlegen, außer in Veranlassung von Reichskriegen auf Anordnung der Reichsgewalt."

schlusse erhoben. Folgender Antrag Ziegert's wird angenommen: In Erwägung, daß die bei §. 5 und §. 6 des Verfassungsentwurfs von mehreren Seiten angeregte Mediatisirungsfrage eine gründliche Erledigung erheischt; in fernerer Erwägung, daß die Versammlung über diese Frage wegen der dabei konkurrirenden territorialen, lokalen und statistischen Verhältnisse ohne weitere Vorbereitung zu entscheiden außer Stande ist und die Verweisung der in dieser Beziehung bereits gestellten Anträge in die Vorbereitung durch §. 33 der Geschäftsordnung auch formell gerechtfertigt ist, beschließt die Nationalversammlung: daß alle Anträge auf Mediatisirung der Einzelstaaten Deutschlands, einschließlich des Minoritätserachtens zu §. 5, dem Verfassungsausschuß zur besonderen Erörterung und zur Berichterstattung überwiesen werden, und bis zum Eingang dieses Berichtes eine Verhandlung über diese Anträge nicht stattfinde. Die Versammlung entscheidet sich für die Diskussion über §. 6 des Verfassungsentwurfs. Dieselbe wird Gegenstand der morgentlichen Tagesordnung sein. Vicepräsident Simson verliest einen Antrag Vogt's und Genossen, dahin gehend, die Nationalversammlung wolle in Anbetracht, daß der Präsident den Abgeordneten Vogt und Demel das Wort verweigert habe, ihre Mißbilligung über die Handlungsweise des Präsidenten aussprechen. Die Erwägungspunkte dieses Antrags, in welchen die Gründe und Aussprüche des Präsidenten als falsch und unwahr bezeichnet sind, rufen auf der rechten Seite des Hauses großen Unwillen hervor, welcher in dem wiederholten Rufe „pfui" sich kundgibt. Der Antrag wird nicht für dringlich erkannt und sofort an den Ausschuß für Geschäftsordnung gewiesen. Nach einigen die Ausschüsse betreffenden Verkündigungen schließt der Vicepräsident Simson die Sitzung um $2\frac{1}{4}$ Uhr Nachmittags.

Frankfurt den 1. November. Die Berathungen des Verfassungsausschusses über das Staatenhaus werden, wie es heißt, heute zu Ende geführt werden. Für die Mediatisirung ist, auf Anregung der Reichsversammlung ein engerer Ausschuß, bestehend aus den Herren Beseler, Rießer und Hergenhahn, niedergesetzt, und kann diese bedeutungsvolle Frage noch als eine offene betrachtet werden. Es war, wie es heißt, die Absicht, die kleinsten deutschen Staaten, von den anhaltischen Fürstenthümern abwärts, denen noch eine gemeinschaftliche Stimme eingeräumt wird, im Staatenhause ohne Vertretung zu lassen.

Der außerordentliche Fünfzehnerausschuß der Nationalversammlung für die österreichischen Verhältnisse hat Gelegenheit gehabt, seinen Unterricht über den Charakter der Wiener Bewegung aus unmittelbarer und bester Quelle zu schöpfen. Es ist bekanntlich eine Abgeordnetenschaft des Wiener Gemeinderaths hierher an den Erzherzog Reichsverweser gelangt und diese Abgeordnetenschaft ward in eine Sitzung des genannten Ausschusses mit dem Ersuchen geladen, dort auf einige Fragen Auskunft zu ertheilen. Herr Bondi aus Wien, Mitglied und wenn wir nicht irren, sogar Vorstand des Gemeinderaths war es, welcher der ergangenen Aufforderung gemäß, die vorgelegten Fragen beantwortete. Die erste derselben richtete sich dahin, ob die Bewegung in Wien als eine demokratische zu betrachten sei? Vor Allem erwiederte Herr Bondi, ein kaum dreißigjähriger Mann von dem offensten Wesen und auch in der straffen Gestalt und im bärtigen Aeußern ganz ein Kind unserer neuen Zeit, vor allem müsse er erklären, daß er selbst Demokrat, als solcher in seiner Vaterstadt bekannt und deshalb an die Spitze des Gemeindewesens gestellt worden sei. Aber die Demokratie habe mit dem Wiener Aufstande nicht das Mindeste zu schaffen gehabt, sondern Alles das ungarische Geld. Die zweite Frage galt dem gegenwärtigen Zustande Wiens und ob dort Anarchie herrsche, wie die Gegner, oder gesetzmäßige Ordnung, wie die Freunde der Stadt versicherten? Herr Bondi lehnte eine bestimmte Antwort darauf ab, allein er gab anstatt einer solchen einige Thatsachen zu vernehmen. Den Arbeitern würde in den Bäckerläden Brod verabreicht. Sie verschmähten es aber häufig und forderten Geld dafür. Selbst in dem Bäckerladen, der gerade im Angesichte des Gemeinderathssitzes liege, hätten sie das Brod zurückgewiesen und auf Geld bestanden. Von Beschwerden der Bevölkerung über Bedrückung durch die sie beschützende Macht gingen in Einem Tage funfzig beim Gemeinderathe ein. Die Studenten seien bei den Bürgern einquartiert, wo für ihre Bedürfnisse wie für die von Familiengliedern gesorgt werde. Sie würden nach Befinden auch mit Geld unterstützt. Aber das halte sie nicht von außerordentlichen Forderungen ab und die Beispiele, die Herr Bondi erzählt, gleichen Erpressungen auf ein Haar. Auch betragen sie sich in den Familien so, wie es, nach dem verblümten Ausdrucke des Berichterstatters, der Erhaltung „eines patriarchalischen Verhältnisses" durchaus nicht entspricht. Von groben Gewaltthätigkeiten höre man nicht, wohl aber von Vorfällen der Art, daß z. B. einem Stallknechte ein schönes Reitpferd abgenommen wird und er dafür mit einem Zettel nach Hause kehrt, auf welchem der Legionär So oder So dem Herrn N. N. ein eingeliefertes Pferd quittirt. Herr Bondi ward auch gefragt, ob denn von den Wiener Bürgern das Einrücken von Truppen gewünscht werde? Allerdings entgegnete er, aber von deutschen Truppen, d. h. von deutsch-österreichischen Regimentern. Und eine starke Garnison werde Wien in Zukunft nöthig haben!

Man kann sich demnach denken, wie empfindlich die Minorität des Ausschusses von den Eröffnungen des Wiener Gemeinderathsmitglieds betroffen worden war, besonders als Herr Bondi noch erklärte, er sei an den „Erzherzog Johann," den Freund der Wiener Stadt, nicht aber an den Reichsverweser geschickt und das etwaige Einschreiten nichtösterreichischer Truppen — seien's Baiern, Sachsen oder Preußen — würde ein bedenkliches Aufsehen in seinem Heimathlande erregen. Herr Venedey also fragte darnach, was die Meinung des Herrn Bondi sei, welche Maßregeln die Reichskommissäre zur Herstellung des Friedens in Oesterreich zu ergreifen hätten? Das Mitglied des Wiener Gemeinderaths erwiederte nicht ohne diplomatische Feinheit: er müsse sich begnügen, einfache Thatsachen zu berichten. Die daraus hervorgehenden Konsequenzen abzuleiten, das habe er einem Jeden nach seinem Standpunkte zu überlassen.

RH Frankfurt, den 2. November. Die kräftige Erhebung der Bevölkerung Deutschposens für ihr gutes Recht, dessen Wahrung im Interesse unseres großen Vaterlandes liegt, hat hier innerhalb und außerhalb der Paulskirche den freudigsten Anklang gefunden. Der Protest nach Berlin und die Adresse an die deutsche National-Versammlung erregen das lebhafteste Interesse und trotz der für den Augenblick im Vordergrunde stehenden Wiener Angelegenheit richten sich aller Augen nach Berlin und Posen. Heute sind dem Präsidenten 4 Interpellationen wegen des Beschlusses des Berliner Reichstags vom 23. Okt. übergeben worden. Die erste, welche von der Partei Westendhall (äußerste Gruppe des linken Centrums etwa 40 Mitglieder zählend) mit Ausnahme von Venedey und Reh übergeben worden ist, lautet wie folgt: „Am 27. Juli hat die hohe National-Versammlung beschlossen: daß die durch die Bundestagsbeschlüsse vom 22. April und 2. Mai c. erfolgte Einverleibung bestimmter Theile des Großherzogthums Posen in den deutschen Bundesstaat unter Vorbehalt der definitiven Abgrenzung zu genehmigen sei."

„Unterm 26. Oktober hat dagegen die Preußische National-Versammlung in Berlin den Beschluß gefaßt: daß das gesammte Großherzogthum Posen zu dem Preußischen Gesammtstaate in dem Verhältniß bleiben soll, in dem es nach dem Besitzergreifungspatent vom 15. Mai 1815 gestanden."

„In Erwägung nun, daß dieser Beschluß der Berliner Versammlung in direktem Widerspruch mit dem Beschlusse der hiesigen Versammlung vom 27. Juli steht; in Erwägung ferner: daß der Beschluß der hiesigen Versammlung die Feststellung des Reichsgebiets betrifft, also zu denjenigen Bestimmungen gehört, deren souveraine Entscheidung sich die hohe Versammlung durch den Beschluß vom 28. Mai dergestalt vindicirt hat, daß jede ihnen entgegenstehende Bestimmung der Verfassung eines Einzelstaates als ungültig angesehen werden soll; in Betracht endlich: daß in Folge des Berliner Beschlusses in den deutschen Landestheilen der Provinz Posen eine Aufregung entstanden ist, die bereits zur Bewaffnung geführt hat und die ohne schleunige Beruhigung zu einem Bürgerkrieg führen muß, so wie daß nach dem Gesetz vom 28. Juni das Reichsministerium berechtigt und verpflichtet ist für die Sicherheit aller Länder des deutschen Reiches zu sorgen — erlauben wir uns dem Herrn Reichsminister des Innern die Frage vorzulegen, welche Maßregeln hat das Reichsministerium getroffen, um die Bewohner der zu Deutschland gehörigen Landestheile Posens in Betreff der Wirkungen des Berliner Beschlusses vom 26. Oktober zu beruhigen und namentlich die Besorgniß zu heben, daß ihre durch den Beschluß vom 27. Juli c. erworbenen Rechte gefährdet werden könnten?" Frankfurt den 2. Novbr. 1848. Eckert aus Bromberg. Claussen. v. Reden. H. Simon. Jucho. Schulze. Federer. Reitter u. s. w. Die zweite Interpellation ist von dem Casino (Gruppe des rechten Centrums von 120 Mitgliedern) ausgegangen, die dritte von dem Abgeordneten Kerst und die vierte von Wilhelm Jordan aus Berlin. Sie werden morgen verlesen und wahrscheinlich die Zeit der Beantwortung auf den Anfang der künftigen Woche von dem Reichsminister des Innern festgesetzt werden, welcher dem Vernehmen nach die Protokolle der Sitzung des 23. und 26. Oktober von der Berliner Versammlung bereits eingefordert hat.

Heidelberg, den 26. Okr. Unsere Universität verliert eine ihrer ersten Celebritäten. Kirchenrath Dr. Rothe, ordentlicher Professor der Theologie und Direktor des evangelischen Predigerseminars dahier, hat einen Ruf nach Bonn als Professor der Theologie und zugleich als Consistorialrath in Koblenz mit einem Gehalte von etwa 1700 Thalern angenommen.

— Der Philosoph Feuerbach befindet sich nun auch hier, und es sind bereis von dem hiesigen Studentenverein Schritte bei dem akademischen Senate geschehen, daß ihm die Stelle eines Docenten auf hiesiger Universität übertragen werde.

Ausland.

Großbritannien und Irland.

London den 26. Okt. Die Times sagte neulich, es werde jetzt auf dem europäischen Festlande ein wunderbares Stück gespielt, in welchem Hauptstädte, Dynastieen und Völkerstämme als Hauptpersonen aufträten. Diesem merkwürdigen Stücke, bei dem wir alle bald mitredend und mithandelnd, bals als bloße Statisten und murrendes Volk, bald als Zuschauer und Kritiker betheiligt sind, fehlte bisher der komische Chor der Frösche. Diesen übernahm der „Standard" in einem Artikel, worin er versichert, Revolutionen könnten nur in Städten gemacht werden, die von bloßen Müßiggängern bewohnt seien, also etwa in Paris, Berlin, Wien, Mailand, nicht in fleißigen und gewerbthätigen Städten, wie in London, Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm — als ob z. B. letztere Städte gewerbthätiger wären, als Wien oder Berlin, oder als ob sie nicht in früherer Zeit auch ihre Revolutionen gehabt hätten und später noch haben können. Nachdem der Standard eine prophetische Stelle im Sinne des Standard aus dem Hesekiel herausgeklaubt, wirft er die Frage auf: „Welcher gelehrte und belesene Mann, wir fordern ihn auf, uns zu antworten, hörte jemals von einer Universität zu Wien, ehe er von ihr als einem rebellischen Clubb hörte? Welchen Gelehrten hat diese Universität je hervorgebracht? Welche Dienste hat sie je den Wissenschaften geleistet? Wenn diese Universität, wahrscheinlicherweise die nichtsthuerischste Institution in dieser Stadt der Richtsthuer mit Stumpf und Stiel in die Donau geschwemmt würde, so dürfte sicherlich die Wissenschaft darüber keine Klage erheben." Zugleich giebt der Standard zu verstehen, daß es sehr wohlgethan sei, wenn überhaupt alle deutsche Universitäten, „diese Piratennester, welche die englische und holländische Gelehrsamkeit des 17. Jahrhunderts bestohlen haben und Schulen der Unwissenheit und des Eigendünkels sind," wie lästige Hühneraugen ausgerottet würden. Doch genug dieses Unsinns, obwohl auch wir mit dem Standard wünschen, daß von Anekdoten und Flüssigkeiten aufgedünstete Weinreisende und Andere, welche in Cigarren oder Syrup „machen," fürderhin nicht mehr als Volksredner und Leiter der öffentlichen Meinung auftreten möchten, und daß die Studenten Wiens einsehen daß sie zu ihrer Selbstbefriedigung gerade genug Geschichte gemacht haben, daß es nun endlich an der Zeit sei, wieder zum Buche zu greifen, und aus dem Beispiele Anderer zu lernen, wie Geschichte zu machen und wie sie nicht zu machen ist. (D. Z.)

— Aus Ceylon erfährt man, daß nach Unterdrückung des Aufstandes eine ziemliche Anzahl Rädelsführer, worunter auch einige eingeborene Priester, vor Kriegsgerichte gestellt und erschossen worden sind. Auf den Kopf des von den Rebellen aufgestellten Prätendenten, David Appoo, den sie König von Kandy nannten, hatte der Gouverneur einen Preis von 150 Pfd. St. gesetzt. Er war einer Abtheilung Malayen, welche seine Begleitung gefangen nahm, bei Nacht durch einen Sprung aus dem Fenster entgangen.

Schweiz.

Bern den 26. Oktober. Um Ihnen einen Begriff von dem Verhältniß des Staatsraths zu dem Bischof zu geben, theile ich Ihnen einige Stellen aus dem zwischen beiden geführten Briefwechsel mit. Der Staatsrath schrieb ihm unter Anderem: Wir wollen nicht an Alles erinnern, was Sie im Interesse des Sonderbundes gethan, nicht an die beständigen Sympathien, die Sie immer für die Partei des Auslandes und der Reaktion kund gegeben. Wären Sie den Gewissensbissen und der Schaam nur einigermaßen zugänglich, so wären Sie in sich gekehrt rc." In einem andern Briefe heißt es: „Erschöpft, zu Grunde gerichtet durch das Ungemach des Sonderbundes, dessen Zähigkeit im Kanton Freiburg mit der traurigen Entfesselung der Leidenschaften und mit der Verblendung des Volks größtentheils Ihr Werk ist, sehnt sich der Kanton nach Ruhe. Sie aber verweigern sie ihm. Seine Regierung bemüht sich vergeblich seit elf Monaten, die klaffenden Wunden des Landes zu heilen. Wahrlich, wir müssen es Ihnen erklären, seit dem Bestande des Kantons Freiburg hatte die Religion keine ärgeren Feinde als zwei herrschsüchtige Bischöfe, den verstorbenen Strambino, Ihren Vorgänger unseligen Andenkens und Sie. . . . In Ihrer Hand ist die Religion zu einem schnöden Werkzeug der Politik, gehässiger Leidenschaften des Fanatismus und der Verfolgung herabgewürdigt worden." — Herr Raveaux, der deutsche Reichsgesandte, hat uns schon wieder verlassen und ist nach Köln verreist.

Vom Zürichsee, den 29. Okt. Auch das alte **Uechtland** hat die moderne Erfindung unserer Tage gesehen, es hat wie das „heilige Köln" seine Barrikaden gehabt, ohne daß ein Blutstropfen dabei vergeudet wäre Wie ich Ihnen in meinem Briefe schrieb, hatte der Staatsrath von **Freiburg** dem dortigen Bischofe hinsichtlich Anerkennung der Verfassung ein Ultimatum gestellt, welches mit dem 23. Okt. zu Ende ging; der Bischof antwortete an diesem Tage, aber in gewundenen, ausweichenden Phrasen. Zu gleicher Zeit brach der lang verhaltene Sturm in den obern Theilen des Landes los. Der Verlauf der Dinge wird Ihnen bekannt sein. Die Sache geht nun ihren gewiesenen Weg: Verhaftungen werden vorgenommen, die aufrührerischen Gemeinden mit Truppen besetzt und wahrscheinlich wieder, wenn die Eidgenossenschaft kein Einsehen hat, starke Contributionen ausgeschrieben werden. So viel ist gewiß, ohne den Schutz eidgenössischer Bayonnette kann sich die Regierung keinen Tag halten; sie möge sich daher aus den Vorgängen der letzten Tage eine Lehre ziehen und nach anderen als den bisherigen Grundsätzen regieren. Der Bischof, der am 25. in Lausanne ankam, mußte durch Landjäger daselbst gegen die Wuth des Volkes, welches à la Lamberg mit ihm verfahren wollte, geschützt werden. Am 26. reisten die eidgenössischen Commissäre wieder ab; der Staatsrath von Freiburg hat auf den 30. Abgeordnete der fünf Stände der Diözese Freiburg dorthin berufen, um das Weitere zu berathen und zu verfügen. Wahrscheinlich wird den Bischof Suspension und Verbannung treffen. —

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Vierundneunzigste Sitzung, vom 4. November.

In der heutigen Sitzung der National-Versammlung kam der dringende Antrag von **Jacobi**, **Waldeck**, **Schulz** (Wanzleben), **Temme**: die hohe Versammlung wolle beschließen, sofort durch das Plenum eine Commission von 21 Mitgliedern in der bei der Wahl der Vice-Präsidenten vorgeschriebenen Art zu erwählen und derselben den Auftrag zu ertheilen, die bedrohliche Lage des Landes in Berathung zu nehmen nnd darauf bezügliche, geeignete Vorschläge innerhalb der Competenz der National-Versammlung zu machen, zur Berathung. Es wurde mit den gewöhnlichsten Redensarten und Phrasen der Versuch gemacht, ihn zu begründen und durchzubringen. Er fiel aber, indem 247 gegen und 114 für ihn stimmten. Die Geduld der Versammlung gegenüber den Fabrikanten solcher unbegründeter dringender Anträge ist in der That zu bewundern. — Als **Cieszkowski** darauf Erklärung wegen der Wiener Ereignisse forderte, wurde durch Schlußbeantragung die Debatte abgeschnitten. **Kämpf** beantragte Vertagung bis Montag; von **Meusebach** unterstützt, von **v. Berg**, **Schramm**, **Parrisius** bekämpft. Die Versammlung wird bis Montag vertagt.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Bekanntmachung.

Die hiesige Bibelgesellschaft wird am 21sten Sonntage nach Trinitatis, den 12ten November c., ihr 31stes Stiftungsfest Vormittags mit dem Gottesdienste in der hiesigen Garnison-Kirche verbinden.

Die hiesigen und auswärtigen Mitglieder und Freunde der Gesellschaft werden zur Theilnahme an dieser Feier freundlichst eingeladen.

Direktion der Bibelgesellschaft.

Zur Sicherstellung der Verpflegung der Kranken im hiesigen Garnison-Lazareth pro 1849 im Wege der Licitation, haben wir einen Termin auf den

9ten November c. Vormittags 10 Uhr

in unserm Geschäftszimmer angesetzt, wozu qualificirte und kautionsfähige Unternehmer ergebenst eingeladen werden.

Die specielle Uebersicht der zur Verdingung kommenden Gegenstände, so wie die Bedingungen können täglich von 9 Uhr Vor- bis 5 Uhr Nachmittag bei uns eingesehen werden.

Posen, den 28. Oktober 1848.

Die Lazareth-Commission.

Auktion.

Mittwoch den 8. November, Vormittags von 10 Uhr ab, sollen im Auktions-Lokal, Friedrichsstraße No. 30, mehrere gebrauchte Möbel, wobei zwei Servanten, eine von Mahagoni und eine von Birkenholz befindlich, mehrere Reitzeugstücke, wobei auch zwei vollständige Wagengeschirre, einige Kleidungsstücke nebst verschiedenen anderen Gegenständen zum Gebrauch; und Vormittags nach 11 Uhr im Auftrage des Königl. Land und Stadtgerichts zu Rogasen eine moderne goldne Damenkette, 14 karätig, 15½ Ducaten schwer, gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigert werden. Anschütz.

Privatunterricht in der deutschen, französischen, lateinischen und griechischen Sprache ertheilt

H. Lust,
Lehrer an der Emmrichschen Privatunterrichts-Anstalt, Breslauerstr. Hôtel de Saxe.

Bei meiner Anwesenheit hier empfehle ich mich dem kunstliebenden Publikum zu geehrten Aufträgen im Fache der Oelmalerei. — Zugleich sind in meinem Atelier mehrere Oelgemälde zur gefälligen Ansicht und Verkauf ausgestellt. — Das Atelier ist Berlinerstraße No. 11., 2 Treppen, Ecke der Ritterstraße, täglich von 9 bis 4 Uhr geöffnet.

Ed. Czarnikow,
Historien- und Protrait-Maler aus Berlin

Zwei Wirthschafts-Eleven finden auf einer großen Herrschaft, wo außer der Landwirthschaft noch Zuckerfabrikation und Forstbau betrieben wird, ein sofortiges Unterkommen. Die Bedingungen sind bei dem Inspektor **Pünschel** in **Baersdorf** bei Bojanowo durch portofreie Briefe zu erfahren.

In meiner Kanzelei ist die Stelle eines zweiten Schreibers offen. Der Justizrath **Guderian**.

Anzeige.

Das unterzeichnete Commissions-Büreau ist in den Stand gesetzt, **Allen**, welche bis spätestens den 15. November d. J. deshalb in frankirten Briefen bei ihm anfragen **(also das geringe Porto nicht scheuen)**, ein **nicht außer Acht zu lassendes Anerbieten unentgeltlich zu machen**, welches für den **Anfragenden** schon im nächsten Jahre ein jährliches Einkommen bis zu 10,000 Mark, oder viertausend Thaler Preuß. Cour. zur Folge haben kann.

Lübeck, im Oktober 1848.

Commissions-Büreau,
Petri-Kirchhof No. 308.

Wegen gänzlicher Aufgabe meines Ziegeleigeschäfts zu **Fabianowo** offerire ich einen bedeutenden Vorrath von Mauerziegeln und Bruchstücken, desgleichen 3 massive Ziegelöfen und ein massives Haus mit Bretterbedeckung zum sofortigen Abbruch unter mäßigen Verkaufsbedingungen.

A. E. Schlarbaum,
Mühlstraße No. 3.

Billiger Brennholz-Verkauf.

Von heute ab wird verkauft Graben No. 12.b. auf dem Sanderschen Holzplatz:

starkes trockenes Klobenholz:

die Klafter Buchen-Kloben 5 Rthlr. 10 sgr.,
dto. Birken-Kloben 4 = 22½ =
dto. Eichen-Kloben 4 = 12 =
dto. Elsen-Kloben 3 = 20 =

Außerdem wird zu jeder Klafter Holz ein halber Scheffel Holzkohlen gratis verabreicht.

Brennholz-Verkauf.

Ich verkaufe auf meinem Holzplatze Graben No 5.:

die Klafter Buchen-Kloben zu 5 Rthlr. 10 sgr.,
dto. Birken-Kloben = 4 = 25 =
dto. Eichen-Kloben = 4 = 15 =
dto. Elsen-Kloben = 3 = 20 =

Das Holz ist trocken, gesund und stark klobig.

Pincus Misch.

Den geehrten Besuchern **Posens** die ergebene Anzeige, daß sie in meinem unter der Firma:

„KRUG'S GASTHOF"

neu etablirten, auf St. Martin nahe dem Stettiner Bahnhofe belegenen Gasthofe alle Bequemlichkeiten bei soliden Preisen finden können.

Posen, im November 1848. C. Krug.

Der **Unterschied** zwischen dem Regimentsarzte **Dr. Hanke** und dem praktischen Arzte **Dr. Handtke** könnte nur der seyn:

daß der Regimentsarzt **Dr. Hanke** einen Königl. **Gehalt** von **1200 Thaler** bezieht, dennoch **arme Handwerker** für ärztliche Behandlung **executivisch** bis aufs Aeußerste verfolgt;

der praktische Arzt **Dr. Handtke** aber rastlos bei Tag und Nacht **arme Handwerker** ohne Unterschied der **Religion**, mit großer Aufopferung **unentgeldlich** behandelt.

Ein Handwerker.

Berliner Börse.

Den 4. November 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	—	$74\frac{7}{8}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	$91\frac{1}{6}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	81¾
Grossh. Posener »	4	95½	—
» »	3½	$77\frac{7}{8}$	$77\frac{3}{8}$
Ostpreussische »	3½	—	86¾
Pommersche »	3½	—	$89\frac{5}{8}$
Kur- u. Neumärk. »	3½	89½	89
Schlesische »	3½	—	$89\frac{5}{8}$
» v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	86½	85½
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13	12½
Disconto	—	3½	4½
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	80¼
» Prioritäts-	4	—	$82\frac{5}{8}$
Berlin-Hamburger	4	—	[illegible]
» Prioritäts-	4½	—	88¾
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	52¼
» » Prior. A. B.	4	78	—
» » »	5	—	87
Berlin-Stettiner	4	—	86¼
Cöln-Mindener	3½	—	74
» Prioritäts-	4½	—	89
Magdeburg-Halberstädter	4	—	102½
Niederschles.-Märkische	3½	—	68¾
» Prioritäts-	4	82¼	—
» »	5	—	93¾
» » III. Serie	5	—	88½
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	89	88¾
» » B.	3½	—	—
Rheinische	—	—	—
» Stamm-Prioritäts-	4	67¼	—
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	50¾	—
Stargard-Posener	4	—	66

(Mit einer Beilage)

Inland.

✝ Neustadt a. d. W. den 2. November. Auch hier hat sich heute die Liga polska gebildet, und wie nicht zu leugnen, mit einer Großartigkeit (wenn anders wir diesen Ausdruck für das Auftreten gebrauchen können), wie vielleicht nicht sobald anderswo. Von mehreren Gutsbesitzern wurden namhafte Summen gezeichnet. Weiber, Kinder, Alles unterzeichnete, Jeder gab gern Etwas, und wer selbst nichts hatte, dem wurde gegeben, um es auf den Altar des Vaterlandes zu deponiren, denn es handelt sich ja um Wiederherstellung des großen polnischen Reichs. So wurde mir mitgetheilt, daß mehreren Leuten eines bekannten Gutsbesitzers der Dienst gekündigt sei, weil sie den Beitrag zur Liga nicht zahlen können, und daher sich nicht bereit finden ließen, sich bei dem Vereine zu betheiligen.

CC Berlin, den 4. Nov. Daß man noch immer nur an Beamten-Ministerien bei uns denkt, beweist folgende Combination, welche man für den Augenblick im Auge hat. Graf v. Brandenburg, Präsident und Kriegsminister; v. Ladenberg, Minister der geistlichen Angelegenheiten; Graf von Bülow, Minister des Auswärtigen; Scheller (früher Chefpräsident in Frankfurt a. d. O.), Justizminister; v. Bonin, Finanzminister; Kühlwetter, Minister des Innern; v. Unruh, Handel und Gewerbe. Es scheint also, daß in der gestern gemeldeten Conferenz v. Unruh's mit dem Grafen v. Brandenburg nicht Unruh, wie er sich vorgenommen, den Gr. Brandenburg, sondern der letztere den erstern bekehrt hat.

Als Donnerstag um halb 12 Uhr die Deputirten der Rechten den Saal verließen, um den unter den obwaltenden Umständen nur pueril zu nennenden Versuch der Permanenzerklärung zu hindern, stürzten Bürgerwehr-Männer von der sogenannten Ehrenwache im Hause mit dem Rufe: Laßt die Rechte nicht heraus! die Treppe hinunter. Gleich darauf hielten die Bürgerwehrmänner, welche die Thüre des Vorzimmers besetzt hielten, den Deputirten in der That die Gewehre vor, um sie am Ausgange zu verhindern. Später wurde dies zwar als ein Mißverständniß erklärt; das Land weiß nun aber, was es von den Zuständen der Hauptstadt zu halten hat, wenn seine Vertreter nicht blos draußen vor der Thüre den handgreiflichsten Mißverständnissen ausgesetzt sind, sondern wenn man durch diese Mißverständnisse auch im Innern des Hauses die Bajonette der zum Schutz aufgestellten Bürgerwehr gegen die Vertreter des Volkes sich richten sieht. Ein Deputirter, welcher um dieselbe Zeit in das Schauspielhaus eintreten wollte, hörte, wie von einigen Bürgerwehrleuten der unten auf dem Platz im Quarré aufgestellten Bürgerwehr zugerufen wurde: „Es wird oben gewünscht, daß man die Rechte nicht fortgehen lasse!“ Natürlich betrat der Abgeordnete ein Haus nicht, in dem selbst die bewaffnete Macht im Dienst einer terroristischen Partei zu stehen schien — Unsere demokratischen Club's 2c., die immermehr zu fühlen scheinen, daß in Berlin der Boden für sie nicht so recht fest mehr ist, wollen sich nun nach der zweiten Residenz, Potsdam, wenden. Sie haben zu morgen eine große Volksversammlung daselbst ausgeschrieben.

RH Frankfurt a. M., den 3. Okt. Außer der gestern mitgetheilten und der W. Jordanschen Interpellation sind noch die folgenden, unter großer Sensation so eben verlesen worden. — Das Reichsministerium hatte ihre Beantwortung auf Montag den 6. Novbr. zugesagt.

3. Interpellation des Abgeordneten Kerst: Die Behufs Vereinbarung einer Verfassung für Preußen in Berlin tagende Versammlung hat in ihrer Sitzung vom 26. Oktober d. J. mit einer Mehrheit von zwei Stimmen den Artikel I. der Preußischen Verfassung in folgender Fassung angenommen:

„Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das Preußische Staatsgebiet. Den Bewohnern des Großherzogthums Posen werden die ihnen bei der Verbindung des Großherzogthums Posen mit dem Preußischen Staate eingeräumten besonderen Rechte gewährleistet. Ein gleichzeitig mit dieser Verfassungsurkunde zu erlassendes organisches Gesetz wird diese Rechte näher festsetzen.“

In Erwägung, daß den Polen in dem Großherzogthume Posen zu keiner Zeit andere Rechte Seitens der Krone Preußen gewährleistet sind, als die durch den Beschluß der Deutschen Reichsversammlung in der 10. Sitzung für alle nicht Deutschen Volksstämme auf Deutschen Bundesboden garantirten;

In Erwägung, daß die Deutschen Bewohner Deutsch-Posens die Preußische Landesversammlung für incompetent halten, ihnen andere Gesetze aufzudringen, als die für die übrigen Provinzen Preußens und ganz Deutschland gültigen;

In Erwägung, daß der in Rede stehende Beschluß die Grenze des Deutschen Reichs, wie sie in Posen durch die Bundesbeschlüsse vom 22. April und 2. Mai d. J. festgesetzt und durch den Beschluß der Deutschen constituirenden Reichsversammlung vom 27. Juli d. J. bestätigt worden, einseitig ändert;

In Erwägung, daß jener Beschluß eine vollständige Nichtachtung des Beschlusses der Deutschen Reichsversammlung vom 27. Mai, die Competenz der letzteren betreffend, involvirt und mit dem bei der ersten Lesung mit großer Majorität angenommenen §. 1., 2. u. 3. der Reichsverfassung in grellem Widerspruche steht;

In Erwägung, daß zu jenem Beschlusse die Abgeordneten aus dem Polnischen Theile Posens mitgewirkt haben, wodurch eben die Mehrheit der Stimmen für denselben erzielt worden ist;

In Erwägung endlich, daß jener Beschluß nach dem, was die öffentlichen Blätter und Privatbriefe einstimmig berichten, die größte Aufregung im Deutschen Posen erzeugt hat, und den Wiederausbruch des Bürgerkrieges daselbst hervorzurufen geeignet ist, richte ich an das Reichsministerium die Fragen:

1) Hat dasselbe die nöthigen Schritte gethan, dahin gerichtet, daß dem Beschlusse der Berliner Landesversammlung, den zu Deutschland gehörigen Theil Posens betreffend, die Königliche Sanction verweigert werde?

2) Hat es den Reichskommissair zur Regulirung der Deutschen Grenze in Posen bereits abgesendet?

3) Hat es Vorkehrungen getroffen, welche geeignet sind, den Wiederausbruch des Bürgerkrieges in Deutsch-Posen zu verhindern?

4) Ist es entschlossen, die Bewohner Deusch-Posens gegen alle Ausnahmsgesetze, womit die Berliner Landesversammlung sie bedroht, so wie gegen jede Beeinträchtigung nachdrücklich zu schützen?

4. Interpellation des Abgeordneten Dunker aus Halle, unterstützt vom rechten Centrum:

In Betracht des Beschlusses der zur Vereinbarung der Preußischen Verfassung berufenen Versammlung vom 23. u. 26. Oktober.

In Betracht der durch diesen hervorgerufenen Aufregung in Deutsch-Posen, welche einen neuen Konflikt in Aussicht stellt,

ergeht die Anfrage:

welche Maßregeln das Ministerium getroffen habe, die schleunige Durchführung des Beschlusses der verfassunggebenden Reichsversammlung vom 27. Juli, die östlichen Grenzen des Reichs betreffend, zu sichern.

Im Falle die Beantwortung dieser Interpellationen nicht befriedigend ausfallen sollte, ist ein dringlicher Antrag vorbereitet, der von einer ungeheuren Majorität unterstützt wird.

Frankfurt, 1. Nov. Es ist soeben eine Adresse des Posener Centralkomités an den Abgeordneten der Stadt Posen zur Ueberreichung an die Nationalversammlung gelangt, welche in demselben Sinne abgefaßt ist, wie der Monsterprotest der deutschen Bevölkerung gegen den Beschluß der Berliner Landesversammlung. Diese Adresse enthält den Antrag, die deutsche Nationalversammlung möge die Bewohner Deutschposens in ihren Rechten schützen und die Abgrenzungslinie als Reichsgrenze endlich definitiv durch die Centralgewalt feststellen lassen. —

Von der Oesterreichischen Grenze, den 2. Nov. Die Nachrichten aus Brünn melden, daß dort die Arbeiter den höchsten Enthusiasmus für Wien zeigten, und Waffen begehrten, um für die Wiener zu leben und zu sterben. Am 29sten, um 1 Uhr Nachmittags, wurde durch Ziehen der Sturmglocken in den vorzüglichsten Kirchen der Stadt und Vorstädte der Landsturm aufgeboten, und in der Stadt Generalmarsch geschlagen. Das Volk umstellte die Hauptwache, welche dagegen durch Militair verstärkt wurde. Eine Abtheilung des Infanterie-Regiments Schönhals und Cavallerie wurden aufgestellt. Da dies jedoch die Erbitterung des Volks nur steigerte, so mußte das Militair wieder abgehen. Aus einem Fenster der Polizeicaserne fiel ein Schuß, er war das Signal, daß dieselbe gestürmt wurde. Mit den eroberten Waffen und Trommeln zog das Volk in abenteuerlichstem Kriegsschmuck durch die hellerleuchteten Straßen, und ließ Wien hoch leben. Am folgenden Morgen entwaffneten die Arbeiter die Zollsoldaten, um ihre Waffen zu erhalten. Es schien indeß der Menge weniger darum zu thun zu sein, nach Wien zu ziehen, als das Eigenthum anzugreifen. Am Dornich wurde ein Haus geplündert. Man glaubte durch eine telegraphische Depesche des Inhalts, daß in Wien Friedensunterhandlungen begonnen hätten, die Aufregung in Brünn zu beschwichtigen, aber sie wurde nur ärger, und so kam es zum Aeußersten. Die Bürgerwehr, mit Steinwürfen angefallen, gab eine Salve, und 2 Todte und 30 Verwundete waren die Folgen. Die Aufständischen warfen sich in die Vorstadt große Kröna, wo das Aufruhrgesetz verlesen, und endlich der Tumult von einem Magistratsrath durch treffende Ansprache beseitigt wurde. Abends durchzogen die Patrouillen die Stadt, und die Nacht war ruhig. Die Aufständischen auf das Land gesprengt, versuchten einen Anfall auf das Dorf Sebrowitz, wo sich jedoch die Bauern kräftig vertheidigten.

— Die gegenseitigen Verdächtigungen und Anschuldigungen sind bereits im vollen Gange. Wie die Wiener über Messenhauser, so fallen die Ungarn über die Wiener her. In einem Bericht aus Preßburg, den 31. Okt. heißt es: Das Glück war uns vor Wien nicht so günstig, wie es die Tapferkeit unserer Armee verdient hätte, oder vielmehr nicht das Glück war uns nicht günstig, sondern wir wurden in unseren gerechtesten Erwartungen getäuscht, denn die hart bedrängte Stadt Wien, zu deren Entsatz unsere tapfere Armee herbeigeeilt war, hat dem Kampfe, den wir fast unter Wiens Mauern um Wiens Freiheit mehr als acht Stunden lang gefochten, unthätig zugeschaut, und nicht nur mit keinem Ausfall uns unterstützt, sondern nicht einmal einen Schuß von den Wällen gethan, um den Feind einigermaßen zu beschäftigen. Unsere schnell improvisirte, größtentheils ungeübte Armee kann stolz auf diesen Tag des Kampfes sein. Ueberall, wo sie mit dem Feinde zusammentraf, wurde derselbe von ihr geworfen; als man endlich um 4 Uhr sah, daß Wien zu seiner Rettung selbst nichts that, der Feind aber, wenn wir weiter vorrückten, bei seiner Ueberlegenheit an Cavallerie unsere linke Flanke umgehen konnte, dabei aus dem Dorfe Schwechadt wie aus einer Festung ein ungeheueres Kanonen- und Kartätschenfeuer sich erneuerte, war es Pflicht unsere Streitkräfte, die das Vaterland so nothwendig braucht, nicht zu gefährden, und es wurde um 4 Uhr der Befehl ertheilt, daß unsere Armee ihre Stellungen herwärts der Fischa wieder besetzen sollte. Die Armee selbst wird sich nun auf die Vertheidigung unseres eigenen Landes beschränken.

Krakau, den 4. November. So eben geht hier die Nachricht ein, daß Lemberg seit 3 Stunden bombardirt worden ist.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Brüder, Kameraden! Ohne der öffentlichen Meinung vorgreifen zu wollen — der Pole Bem und Genossen sind es, die das Unglück der deutschen Stadt Wien verschuldet. Ihr werdet's finden!

Cholera.

Posen, den 6. Novbr. Von vorgestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 6 u. 11 Personen, gestorben 2. u. 2.

Marktbericht. Posen, den 6. November.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf., auch 2 Rthlr. 2 Sgr. 3 Pf.; Roggen — Rtlr. 26 Sgr. 8 Pf., auch — Rtlr. 28 Sg. 11 Pf.; Gerste 26 Sgr. 8 Pf. auch — Rtl. 28 Sgr. 11 Pf.; Hafer 15 Sgr. 7 Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen — Rtlr. 26 Sgr. 8 Pf., auch — Rtlr. 28 Sgr. 11 Pf.; Erbsen 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rtlr. 5 Sgr. 7 Pf.; Kartoffeln 8 Sgr. — Pf., auch 8 Sgr. 11 Pf.; Heu zu 110 Pfd. 20 Sgr. — Pf. auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr. — Sgr., auch 4 Rtl. 10 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 25 Sgr., auch 2 Rthlr.

Posen, den 6. November. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80 % Tralles $12\frac{1}{3}$—$12\frac{2}{3}$ Rthlr.

Nachdem die erste Auflage von 2000 Exemplaren binnen Jahresfrist vergriffen wurde, erschien so eben die zweite Auflage von:

Vollständiges und praktisches Handbuch

zum Betriebe aller Zweige

der Landwirthschaft

für Landwirthe und die es werden wollen,

mit besonderer Berücksichtigung des Bedürfnisses für Wirthschaftslehrlinge und junge Wirthschafter, von **Reinhold Nobis**, praktischem Landwirthe. (Danzig, Gerhardsche Buchhandlung.) 2 Bände in gr. 8. mit 78 Abbild. Preis: 3 Thlr.

Dieses Werk, welches schon vor seinem Erscheinen durch mehrere tüchtige praktische Landwirthe, welche auf den Wunsch der Verlagshandlung das Manuscript durchgesehen hatten, dringend empfohlen wurde, ist nunmehr, nachdem es in erster Auflage vollständig erschienen war, in verschiedenen Blättern beurtheilt, und zwar **einstimmig lobend** beurtheilt worden; solche Beurtheilungen finden sich u. A. im Jüterbogker landw. Wochenblatt für 1848, No. 28; in der Agronomischen Zeitung No. 114; in Beyer's Archiv, Heft 6, Seite 355 und 56; in Mussehl's Wochenblatt, No. 68; in den westpr. landw. Mittheil. No. 7 und 8; im Literaturblatt fur Leipz. Landw. Zeitung No. 12, so wie andererseits auch landw. Autoritäten, z. B. der Director der landw. Lehr-Anstalt, Herr Geh. Reg.-Rath Heinrich in Proskau, der Director der landw. Lehr-Anstalt zu Haasenfelde bei Müncheberg, Herr General-Sekretair Kielmann, der Director der Ackerbauschule in Gr. Krebs bei Marienwerder, Herr Leinweber, sich gutachtlich **höchst anerkennend** über das Werk geäußert, und dasselbe zur Anschaffung dringend empfohlen haben. Wir setzen zwei dieser Urtheile hieher: das Literaturblatt der Leipziger Landw. Zeitung sagt:

„Der Verfasser beweist, daß er sein Fach in allen Theilen **gründlich** versteht, daß er als **Meister** mit demselben wissenschaftlich und praktisch auf seltene Weise vertraut ist. Sein Werk ist unstreitig ein **ausgezeichnetes**, eine durchdachte, umsichtige und höchst brauchbare Arbeit, und wenn irgend ein Buch geeignet ist, den angehenden Landwirth ohne Weiteres auf das Ausreichendste über alle Aufgaben zu verständigen, so ist es dieses mit der anerkennungswerthesten Eindringlichkeit ausgearbeitete."

Und Herr Director Leinweber in Gr. Krebs schreibt unterm 21. Juni d. J. an die Verlagshandlung:

„In Zukunft werde ich jeden neu hinzukommenden Ackerbauschüler anweisen, sich dieses Handbuch anzuschaffen, da in ihm das Wissenswürdigste aus der Landwirthschaft klar geordnet, umfassend behandelt und anschaulich dargestellt ist, diesem Werke aber auch sonst möglichste Verbreitung zu verschaffen suchen, damit es die allgemeine Anerkennung finde, die es verdient, und in den Besitz aller, namentlich jüngerer Landwirthe komme, denen es bis dahin an einem solchen **Agrikultur-Evangelium** gemangelt hat."

Indem wir schließlich bemerken, daß wir in den Umschlägen der neuen Auflage viele solche Urtheile abdrucken ließen, auf welche wir hiermit aufmerksam machen, wollen wir nur noch bemerken, daß die Darstellungsweise des Verfassers so durch und durch praktisch, so deutlich und so klar und faßlich ist, daß sie von **jedem** Landmanne verstanden werden kann und muß, welches Verständniß durch die in den Text eingedruckten erläuternden Abbildungen noch sehr gefördert wird. Möge das Werk auch in der neuen Auflage allen Landwirthen, den älteren wie den jüngeren, dringend empfohlen sein. Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen auf die neue Auflage an.

Gerhardsche Buchhandlung.

Vorstehendes Werk ist vorräthig bei **Gebrüder Scherk in Posen, Markt- und Franziskanerstraßen-Ecke No. 77.**

Bekanntmachung.

Die Serviszahlung für die im Manat Oktober c. hier einquartirt gewesenen Truppen erfolgt am 8ten, 9ten, 10ten und 11ten d. Mts. im Servis-Amte.

Posen, den 6. November 1848.

Der Magistrat.

Demokratisch-konstitutioneller Club.

Heut Abend 7 Uhr im Hôtel de Saxe. Tagesordnung: das deutsche Parlament und seine Stellung zum deutschen Volke.

Markt 62. werden sämmtliche Weißzeuge, Stickereien, Handschuhe, Crav.-Tücher nnd Schleier, so wie seidene Bänder und Spitzen zu übrraschend billigen Preisen verkauft.

Gerber- und Büttelstraßen-Ecke No. 12 ist eine Stube im ersten Stock vorne heraus sofort zu vermiethen.

Gartenstraße No. 285. sind zwei wohlmöblirte Stuben zu vermiethen und können sogleich bezogen werden. Wendland.

Wilhelmsstraße No. 18. ist ein möblirtes Zimmer zu vermiethen.

Bei Unterzeichnetem sind Wohnungen von 30 bis 150 Thlr., jetzt, auch zum 1. Januar 1849 zu beziehen, zu vermiethen. Friedrich Barleben, kleine Gerberstraße 106.

Präservativ gegen Cholera.

Von unsern ebenfalls durch mehrere **berühmte Aerzte** geprüften, der jetzigen bedrängten Verhältnisse aber wegen zwar **billigeren**, keinesweges aber nachgepfuschten, sondern dem so rühmlichst bekannten aufgetretenen Fabrikate unserer Konkurrenten ganz gleich stehenden

Unfehlbaren Rheumatismus-Ableitern

zu $7\frac{1}{2}$ Sgr. und $12\frac{1}{2}$ Sgr., stärkere 25 Sgr., ganz starke um jedes Glied biegsame $1\frac{1}{2}$ Rthlr. Pr. Cour., ein **Heil- und Präservativ-Mittel** gegen **jegliche Art von Gicht**, gleichviel an welchem Theile des Körpers haftend, wie gegen **alle durch Erkältung entstandene Uebel**, unter welchem Symptome sie sich auch immer zeigen mögen, und welche wirklich **rasch** und **unfehlbar** helfen, hält der **Parfümeur Herr Louis Klawir in Posen Breslauerstraße No. 14.** stets ein assortirtes Lager zu den so **äußerst billigen** und selbst den **Unbemittelten** zum Ankauf möglich gestellten Fabrikpreisen.

Grävenitz & Comp. in Trebnitz bei Breslau.

Attest. Die Handlung der Herren Grävenitz & Comp. hat mir die von ihr gefertigten „Unfehlbaren Rheumatismus-Ableiter zur Untersuchung vorgelegt. Da dieselben aus Stoffen zusammengesetzt sind, welche ihres polarischen Verhältnisses wegen nicht ohne wirklichen Einfluß auf den kranken Körper bleiben, auch sonst den früheren, gegen verschiedene Leiden bewährt gefundenen sogenannten Rheumatismus-Ableitern ganz gleich sind, so werden sie auch bei den geeigneten Leiden unfehlbar die gewünschte Hilfe schaffen. Breslau, den 28. Febr. 1848.

Dr. Bürkner,
prakt. Arzt, oper. Wundarzt und Geburtshelfer.

☞ Ueberall, wo sich von unsern dem geehrten Publikum **weit leichter** zu kaufenden Ableitern noch keine Niederlagen befinden, werden solche auf portofreie Anmeldungen unter den solidesten Bedingungen sofort errichtet.

Mit dem heutigen Tage ist am hiesigen Orte im Gräfl. Dzialyńskischen Palais am alten Markte eine Handlung von Eisen-, Stahl- und Messing-Fabrikaten unter der Firma:

Handlung der vereinigten Schlosser

eröffnet worden.

Vorsteher genannter Handlung sind zur Zeit: Leopold Niedzielski, Ignaz Brutkowski und Joseph Bogdański. Alle Verhandlungen und Correspondenzen, so wie auch Verpflichtungen obiger Handlung werden von dem Vorstands-Mitgliede Leopold Niedzielski unterzeichnet.

Posen, den 28. Oktober 1848.

Cigarren-Anzeige.

Ich habe in Hamburg und Bremen bedeutende Einkäufe gemacht und mein Cigarren-Lager mit schöner und preiswürdiger Waare gut assortirt. Indem ich dasselbe den Herren Liebhabern bestens empfehle, wird die Qualität jedem Kenner die Ueberzeugung gewähren, daß ich meine Auswahl mit Sachkenntniß getroffen habe.

Posen, im November 1848. Jac. Träger, am Markt No. 57.

☞ Hôtel de Saxe

ganz neu restaurirt, wie bei Versicherung reeller und prompter Bedienung wird einem geehrten reisenden Publikum angelegentlichst empfohlen.

Auch sind da täglich zum zweiten Frühstück, Mittag und Abendbrod, wohlschmeckende und frische Speisen für zahlreiche Gäste vorräthig.

Posen, den 5. November 1848.

Bekanntmachung.

In der heutigen Nacht sind durch gewaltsamen Einbruch aus der Wohnung des Herrn Baumeister Stern in Posen unter andern ihm gehörigen Gegenständen auch meine außer Cours gesetzten $3\frac{1}{2}$ % Posener Pfandbriefe ohne Coupons gestohlen worden, als:

Poklatki, Kreis Schroda,	1/2953.	à 1000 Rtlr.
	2/2954.	
	4/2956.	
	5/2957.	
	6/2958.	
	9/2804.	à 500 Rilr.
	17/2732.	à 200 Rtlr.
	19/2734.	
	22/3133.	à 100 Rtlr.
	23/3134.	
	24/3135.	
	25/3136.	
	26/3137.	
	27/3138.	

Ich warne daher Jedermann vor Ankauf obiger Pfandbriefe, da ich die Amortisation derselben bei der betreffenden Behörde beantragt habe.

Posen, den 6. November 1818.

Lutomski,
Gutsbesitzer von Staw und Poklatki.

Nachstehende $3\frac{1}{2}$ % Großherzogl. Posener Pfandbriefe nebst Coupons sind mir in der Nacht vom 5ten zum 6ten November 1848 gestohlen worden:

1000 Rthlr. No. 9/2261. von Bialcz und Skoraczewo,
1000 Rthlr. No. 10/2164. auf Bialokosz,
40 Rthlr. No. 48/3815. auf Grabowo,
20 Rthlr. No. 63/3042. auf Grabowo,
20 Rthlr. No. 37/2176. auf Paklatki,
500 Rthlr. No. 25/308. auf Slawno,
100 Rthlr. No. 137/4249. Dakowy, Buker Kr.,
200 Rthlr. No. 29/2145., Rusiborz, Schrodaer Kreises,
20 Rthlr. No. 72/2757. Wiatrowo, Wongrowitzer Kreises,

Vor dem Ankauf derselben wird gewarnt.

Posen, den 6. November 1848.

Stern.